

Rhetorik der Denkmalpflege oder : das letzte Argument : warum die Ökonomisierung der Denkmalpflege-Debatte einer Bankrott-Erklärung gleichkommt

Autor(en): **Mazzoni, Ira**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **NIKE-Bulletin**

Band (Jahr): **25 (2010)**

Heft 6: **Bulletin**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-727261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rhetorik der Denkmalpflege oder:

Das letzte Argument

Wieso die Ökonomisierung der Denkmalpflege-Debatte einer Bankrott-Erklärung gleichkommt

Von Ira Mazzoni

Rhetorik respektive mangelnde Rhetorik, scheint derzeit eins der Hauptprobleme einer Denkmalpflege zu sein, die politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich unter Druck geraten ist und sich unter Druck setzen lässt. Die aktuelle Tagesordnung kennt fast ausschliesslich nur noch ein Leitsystem: Ökonomie. Aber muss deswegen die Denkmalpflege ihr eigenes Wertesystem verleugnen, um sich ökonomisch zu legitimieren?

Als im Jahr 2008 die Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in München tagte, um das 100-jährige Jubiläum der bayerischen Denkmal-Fachbehörde zu würdigen und Zuversicht zu kommunizieren, gab es ernste Mahnungen, gar Drohungen von Seiten der Landespolitik.

Ganz offen sprach der Vorsitzende des Bayerischen Denkmalsrates, der wahlkämpfende Abgeordnete Dr. Ludwig Spaenle, von einem «erweiterten Begründungszwang der Denkmalpflege». Der zuständige Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, verbuchte unter den Verdiensten des Amtes vor allem: «In einer globalisierten Welt mit ihrem rasanten technologischen und gesellschaftlichen Wandel hat sich diese Unverwechselbarkeit (des Landes Bayern) als hohes Gut erwiesen. Das Bild Bayerns ist

folgerichtig auch zu einem Wirtschaftsfaktor von unverzichtbarer Grösse geworden.» Auf den Punkt gebracht heisst das, im Rahmen einer landesweiten Marketingstrategie ist die Denkmalpflege als Bildproduzent politisch gefragt. Darüber hinaus war der Minister bemüht, Denkmäler als Wirtschaftsgüter zu deklarieren: «Historische Bauwerke und gewachsene Ortsbilder sind nicht nur Identitätsgüter, sondern auch wichtige Wirtschaftsgüter. Für die bayerischen Regionen stellen sie Alleinstellungsmerkmale dar, die einen echten Standortvorteil bieten. Aus diesem Grund sind alle Aufwendungen der öffentlichen Hand dafür kein Luxus, sondern eine lohnende Anschubfinanzierung. In Form von Steuer-einnahmen, ersparten Sozialausgaben, Qualifizierung von Standorten und Regionen refinanzieren sich diese Investitionen schnell.

Oft wirken sie sogar wie eine Initialzündung. Die Denkmalpflege trägt somit zur Stabilisierung des heimischen Handwerks und der Bauwirtschaft bei.» Man kennt ähnliche, sprachlich nie ganz befriedigende Erklärungen. Sind dies nun die einzigen stichhaltigen Argumente mit denen heutzutage eine Denkmalpflege noch politisch begründet und verantwortet werden kann? Die Formulierung eines «erweiterten Begründungszwangs» und das vermeintlich bestehende Argument der Standort- und

Mittelstandsförderung, bei der die Denkmale zu «Identitäts- und Wirtschaftsgütern» degradiert werden, sensibilisiert für ein in den Denkmaldebatten bisher kaum thematisiertes Problem, das der Rhetorik.

Was bedeutet Rhetorik?

Wovon handelt dieser Beitrag? Von der Kunst der Beredsamkeit, also der *ars bene dicendi*, die seit der Antike zu einem wirkungsmächtigen Bildungssystem entwickelt wurde und die heute kaum noch jemand beherrscht. Es war die Kunst des Überzeugens und des Überredens, mitunter auch der Verführung. Kredit und Misskredit der Rhetorik haben mit diesem Sowohl-als-auch zu tun. Dabei setzte Platon die Kenntnis der Gerechtigkeit als Basis für rhetorische Vollkommenheit voraus. Im Prinzip sollte der zukünftige Rhetor (ethisch) gebildet sein, bevor er in Rhetorik geschult wurde. Ohne persönliche Glaubwürdigkeit keine erfolgreiche Vermittlung. «Die Rhetorik ist immer obendrein Darstellung eines Wertesystems gewesen, wie überhaupt die Teilhabe an diesem übergeordneten Wertesystem den jeweils parteilich gebundenen Rednern (...) die Möglichkeit eröffnete, Übereinstimmung und Diskrepanz zwischen den Dispositionen zu erkennen und gegenseitig zu erklären.» (Ueding/Steinbrink, Grundriss der Rhetorik, 2. Aufl. 1986, S.4). «Die Wahrheit ist rhetorischer



Überzeugung nach immer die einer Sache in ihrer bestimmten historischen Gestalt, und es gilt, das Publikum, die Zuhörer, den Richter oder die Volksversammlung davon zu überzeugen, dass die Weise, in welcher der Redner durch seine Rede die Wahrheit zur Erscheinung bringt, auch diejenige ist, die auf der Tagesordnung der Geschichte steht.» (Ueding/Steinbrink, S.5).

Wenn sich dieser Beitrag der Rhetorik der Denkmalpflege widmet, dann geht es um diesen Bezug zur Tagesordnung der Geschichte und damit sich wandelnder Wertesysteme. Die Antworten auf die Frage: Wozu Denkmalpflege? wurde argumentativ – also mit rhetorischen Mitteln – immer wieder neu beantwortet. Hier ein paar signifikante Stationen:

Denkmalpflege: Eine Stütze des Staates

Im Vorlauf zum bayerischen Denkmalpflegeerlass, am 29. Mai 1827 von König Ludwig I. auf dem Gut des Marchese Florenzi, der Villa Columbella, unterzeichnet, gibt der Dichter und spätere Innenminister Eduard von Schenk folgende Gedanken zu Papier: «Nach einem langen Vandalismus ist die gebührende Sorgfalt für die Überreste der deutschen Vorwelt wieder erwacht und das richtige Gefühl ist ziemlich (!) herrschend geworden: Dass die Historie ein spezifisches Gegengewicht wider revolutionäre Neuerung und wider ungeduldiges Experimentieren sey – wer seinen Sinn ernst und würdig auf die Vergangenheit richte, sey nicht zu fürchten in der Gegenwart – und es gebe kein kräftigeres Bindemittel zwischen Volk und Dynastie als eine recht nationale Geschichte.» Es gab also ein handfestes politisches Interesse an der Denkmalpflege – sie wurde nicht nur ein Instrumentarium der Restauration, sondern war an der in Deutschland verspäteten Nationenbildung vorrangig beteiligt.

Das psychologische Argument

1993 schreibt Winfried Lipp in seiner Einleitung zur Aufsatzsammlung «Denkmal – Werte – Gesellschaft»: «Die Suche nach »verlorener Identität und »verlorener Hei-

mat« zählt zu den Grundmotivationen des Denkmalsbewusstseins, das sich vorwiegend an Identitätsangeboten in überschaubaren Räumen (zum Beispiel den altstädtischen Traditionsinseln) festmacht.» Die Angst vor Entfremdung führte Anfang der 70er-Jahre zum Bürgerprotest und verschaffte der Denkmalpflege eine breite Basis, die politisch wirksam werden konnte, auch wenn oder gerade weil sie sich gegen ein schon damals unreflektiertes und ungesteuertes Wachstums- und Fortschrittsdenken wandte. Identitätswahrung war das schlagende Argument für das Frankfurter Westend wie für die Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet. Bei der friedlichen Revolution 1989 ging es das letzte Mal um diese gefühlte Identität, die politisch ungeheute Kräfte entwickelte. Der sichtbare Verfall der historischen Altstädte konnte Menschen gegen ihre Regierung mobilisieren.

Doch Identität fällt zunehmend als Argument aus. Verfolgt man die Debatten, dann sind Denkmale längst nicht mehr für die, die da sind, sondern für die, die kommen oder kommen sollen: die Investoren, Karriere-Nomaden und Touristen. Für beide Gruppen geht es nicht um das vertraute Alte, sondern um interessante, pittoreske Kulissen.

Baudenkmale auf ihr Äusseres reduziert

Als die Jones Lang Wootton GmbH, eine der großen internationalen Immobiliengesellschaften, 1996 eine Studie zu Denkmälern machte, galt das auch den ansonten reservierten Denkmalschützern als

Durchbruch. Doch wer die fotografisch präsentierten Beispiele gelungener Modernisierungen betrachtete, musste eine unheilige Allianz fürchten. Das Denkmal als «wirtschaftliche Investitionsanlage» zu offerieren, konnte nicht gut gehen. Werden Baudenkmale als ein «stetig wachsendes Marktsegment der Immobilienwirtschaft» akzeptiert, sind sie meist durch die Reduktion auf ihr äusseres Erscheinungsbild verloren. «Stadtentwicklung als Deal – Was tut die Denkmalpflege?» hiess Band 64 der Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz 2001. Die Antwort ist inzwischen klar: Auch oder gerade, wenn sich die Denkmalpflege auf die Wirtschaftssprache von Investoren und Stadtentwicklern einlässt, weil sie auf «der Tagesordnung der Geschichte» steht, verliert sie ihre Argumente, ihre ethische Basis und damit ihre Glaubwürdigkeit. Das Denkmal als «Zukunftsinvestition» attraktiv zu machen, kann nicht im Sinne der Denkmalpflege sein. Inzwischen gibt es nämlich das merkwürdige Phänomen, dass gerade besonders geschützte Altstädte, die auf der Welterbeliste stehen, Spekulationen der Stadtentwicklung geradezu befeuern. «Inspiring Action» nennt die Edinburgh City Centre Management Company ihre Pläne, die Verkaufsflächen in Old- und Newtown auf 50 000 Quadratmeter auszubauen. Die Investoren bewerben ihren Wohn- und Geschäftskomplex «Quartermile», indem sie

die «Landmarkposition within the world heritage» vorantreiben. Die Denkmalpflege ist der Rhetorik der Wirtschaft in keiner Weise gewachsen, auch wenn sie sich mittlerweile desselben Vokabulars bedient. Oder anders formuliert, je mehr Denkmalpfleger meinen, die gleiche Sprache zu sprechen, um bei Wirtschaft und Politik Gehör zu finden, desto mehr geben sie ihre Verantwortung auf. Reden ist das eine, aber in der Rhetorik, bei der es um persönliche Integrität und überzeugende Vermittlung geht, unterliegt der, dessen Argumente nicht mit seinem Auftrag in Einklang stehen.

Die Bergwerksdirektion in Saarbrücken

Zu welchen Widersprüchen und Absurditäten es dabei kommen kann, zeigt folgendes Beispiel aus dem Saarland: Als «Zierde der Stadt» wurde die Bergwerksdirektion der Berliner Architekten Martin Gropius und Heino Schmieden bei ihrer Fertigstellung im Jahre 1880 bezeichnet. Heute gilt dies umso mehr, als Saarbrücken im Zweiten Weltkrieg und danach viel vom Glanz einer reichen Industriestadt eingebüsst hat. Das Alte galt und gilt in der Stadt wenig. So verzeichnet der touristische Stadtplan gerade mal zehn historische Sehenswürdigkeiten im engeren Stadtgebiet: Eine davon ist die alte Bergwerksdirektion, bis vor kurzem Verwaltungssitz der STEAG Saar Energie AG.

Ein kurzer Blick zu den Galionsfiguren des Gebäudebegriffs reicht, um zu begreifen, dass dieses Haus mehr repräsentiert als beste preussische Baukultur der Schinkelschule: Hüttenarbeiter und Bergmann, monumental von den Gebrüder Menges in Stein gemeisselt, rahmen die Loggia hinter der sich ein grandioser Festsaal befindet. Die ganze Geschichte des Saarlandes, das ganze Drama seiner Wirtschaftsentwicklung ist diesem Bauwerk eingeschrieben. Nicht nur die Fassaden mit ihren Grossplastiken von Kohlehauer, Bergwerksdirektor, Steiger und Gesteinshauer am Mittelpavillon, ihren Medaillons preussischer Polit- und Wirtschaftsgrößen sowie den 29 steinernen Tafeln aller ehemaligen Gruben- und Schachtanlagen repräsentieren saarländische Bergwerks-

schichte, die gerade zu Ende geht. Architektur Wandel hatte die altehrwürdige Bergwerksdirektion vor wenigen Jahren in eine erstklassige Büroadresse verwandelt und damit bewiesen, dass der 125 Jahre alte Verwaltungsbau, technisch und räumlich funktions- und zukunftsfähig ist.

Doch die Bergwerksdirektion wurde im Jahr 2008 geschlachtet, weil die in ihrem Rücken gebaute Saar-Galerie der Hamburger Architekten Gerkan, Marg und Partner mit 24 000 Quadratmeter Nutzfläche und einer 100 Meter langen Galerie nicht funktionierte. Der Kopfbau der Bergwerksdirektion, Point de vue der Bahnhofstrasse, soll das repräsentative Entree für eine Passage zur Saargalerie werden. Mit dem massigen Bau wurde 1990 eine der vielen Saarbrücker Kriegsflickchen geschlossen und die Bergwerksdirektion in die Zange genommen. Das von einem britischen Investor realisierte Projekt lobten Oberbürgermeister und Ministerpräsident als «Start der Landeshauptstadt in den europäischen Binnenmarkt». Tatsächlich blockiert der monotone Keil die Innenstadt. Die Passage mit 65 kleineren Geschäften erwies sich als städtebauliche und wirtschaftliche Sackgasse. Inzwischen gehört die Saargalerie zum Portfolio des von der Crédit Suisse verwalteten Immobilienfonds CS Euroreal. Die Crédit Suisse hat die Bergwerksdirektion dazu gekauft, um der spröden Saargalerie zum grossen Durchbruch zu verhelfen. Das 1965 vom Hamburger Versandhauspionier Werner Otto gegründete, auf innerstädtische Shopping-Center spezialisierte Unternehmen ECE wurde als Projektentwickler verpflichtet, als Generalübernehmer beim Bau und schliesslich auch als Betreiber der künftigen Mall. Bereits 2003 gaben Eigentümer und Betreiber eine professorale Studie in Auftrag, nach der eine Vergrösserung der Verkaufsflächen in Saarbrücke um 30 000 Quadratmeter für möglich und im Sinne einer «lebendigen Stadt» auch sinnvoll sei. So wird die Bergwerksdirektion zur Mall.

Die STEAG Saar Energie AG hatte mit diesem Transfer nichts mehr zu tun. Als hundertprozentige Tochter der STEAG, die



zum Essener Energie-Riesen RAG gehört, war sie nur Mieter der Bergwerksdirektion und musste sich neue Räumlichkeiten suchen. Wieder einmal ist bewiesen: Je verzweigter die Strukturen, desto weniger Verantwortung in Bezug auf Eigentum und Tradition. Letztlich sind es anonyme Kapitalanlagen, in deren Namen fremdes Kapital vernichtet wird, um dem eigenen toten Kapital wieder Gewinnchancen zu eröffnen. Ein bisschen Denkmal schmückt die Immobilie dabei ungemain.

Primat der Ökonomie

Der Baudezernent Dieter Ehrmannstraub konnte sich «auf schwierige Eigentumsverhältnisse» berufen, die der Stadt keine Möglichkeiten liessen einzugreifen. Merkwürdig nur, dass der Pressesprecher der ECE, Robert Heinemann, das partnerschaftliche Verhältnis zur Stadt betonte. Man hatte zwei Jahre lang zielführend verhandelt. Alternative Standorte wurden jedenfalls von ECE mangels Anbindung verworfen. Die Stadt wiederum sah angesichts ihrer toten Fussgängerzone Handlungsbedarf, um Geschäfte «von der grünen Wiese» ins Zentrum zurückzuholen. Was wiederum nur mit einer fremdfinanzierten Mall funktionieren soll.

Das Landesamt für Denkmalpflege – im kleinen Saarland zugleich auch Genehmigungsbehörde – musste die Denkmalverträglichkeit der noch in Bearbeitung befindlichen Umbaupläne prüfen, und hätte ihre Zustimmung verweigern können. Nur hatte Josef Baulig, als er noch Denkmalpfleger im Dienste der Stadt war, bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht, hatte darauf verwiesen, dass Unnutzung sein kann, ja dass sich Denkmale nicht der Entwicklung entgegenstellen könnten. All dies betonte er nochmals im Gespräch – ja wenn er einen Büronutzer hätte, wäre das wunderbar – nur in Saarbrücken gäbe es so viel Büroleerstand, da sei es schwierig einen Nutzer zu finden. Dabei vergass Baulig, dass die Bergwerksdirektion mitnichten leer stand, dass die STEAG-Mitarbeiter dort gar nicht raus wollten und dass die Immobilie qualitativ hervorragend restauriert

worden war und insofern eine seltene 1A Büroadresse in Saarbrücken war. Der Denkmalpfleger reproduziert Phrasen, an die er politisch gelernt hat zu glauben. Letztlich bekam die ECE nach Ministerentscheid (Stefan Mörsdorf, Ressort Umwelt) alles, was sie wollte. Das sogenannte Amt für Denkmalpflege ist ja ohnehin nur noch eine Stabstelle beim Ministerium. Die Entscheidung fiel nach einem Kanzleigespräch mit Konzernchef Otto.

Umweltminister Mörsdorf freute sich schließlich über den gefundenen «Kompromiss» und sah es als einen «Erfolg» an, dass die ECE nicht auch das Treppenhaus und den Festsaal abbrechen werde. Die Denkmalpflege hatte zuvor noch in einem letzten Gutachten nachgewiesen bekommen, dass die vorhandenen Deckenhöhen und die Decken für ein Einkaufszentrum durchaus ausreichend tragfähig waren. Die Beibehaltung der historischen Raumstrukturen hätte dem Projekt sogar eine besondere Note verliehen können. Aber aus prinzipiellen (sprich wirtschaftlichen) Gründen hatte ECE auf Entkernung und Teilabbruch bestanden.

Kein Einzelfall

Sie werden jetzt einwenden, dies sei ein Fall von Ignoranz. Aber merkwürdigerweise häufen sich solche Fälle. Und zwar immer dann, wenn es um vermeintlich wirtschaftliche Ziele geht. Häufig reicht sogar die Angst vor vermeintlich teuren Sanierungskosten, um Abriss und Neubau durchzusetzen, wie im Fall des Fernmeldekabelwerks von Ziesel in Berlin-Oberschönnewide.

Aber wir müssen uns jetzt nicht mit «Einzelfällen» aufhalten. Denn obwohl Denkmalpflege als staatliche Aufgabe in fast allen Länderverfassungen steht, wurden die jeweiligen Gesetze zum Denkmalschutz in den letzten Jahren so modifiziert, dass sie häufig wirkungslos sind.

Seit 1994 ist das Dissensverfahren in Bayern abgeschafft. Kommunen und Landkreise sollen nur noch die Argumente der Denkmalpfleger «hören», folgen müssen Sie ihnen nicht. Und – das zeigt eine Reihe

von Denkmalabrissen in Bayern – sie tun es auch nicht, wenn vermeintlich ökonomische Interessen schwerer wiegen.

In Neuötting fiel das wohl älteste Haus des Ortes, das den Stadtbrand von 1797 überlebt hatte und dessen Holzhohlendecke nachweislich aus dem Jahre 1428 stammt, dem Ausbau eines Modehauses zum Opfer. Kompensatorisch wurde Bayerns älteste Bohlen-Balken-Decke dem Stadtmuseum vermacht. Das Haus wurde aus der Denkmalliste gestrichen. Im November 2004 wurde dem Abbruchantrag für das älteste datierte Fachwerkhäus (1341) in Forchheim stattgegeben. Wenige Tage nach Erteilung der Abrissgenehmigung konnte der Alteigentümer, das lange leer stehende und nicht weiter gepflegte Haus verkaufen. Im Juli 2004 wird in Augsburg Haunstetten die Abbruchgenehmigung für ein klassizistisches Gasthaus in der Tattenbachstraße erteilt, Geburtshaus des Religionsphilosophen Ernst Troeltsch. «Nutzungs- und Verwertungsabsichten» bezüglich des Gesamtgrundstücks gaben den Ausschlag. Die Argumente der Denkmalpflege wurden schwächer bewertet. In Berchtesgaden wurde der Antrag auf Abriss für eines der ältesten Alpenhotels (1866) gestellt. Das leerstehende Denkmal mit Originalausstattung soll einem großen Luxushotel Platz machen. Ein Investor ist zwar abgesprungen, aber man will sich die «Chancen» nicht nehmen lassen. Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger kennen aus ihrer eigenen Praxis solche und ähnliche Fälle – und

es sind nicht die unwichtigsten Baudenkmale, die verschwinden oder im Namen der Wirtschaftlichkeit ruiniert werden. Vor knapp zwei Jahren sollte selbst das Augsburger Rathaus von Elias Holl neue Fenstertüren im Sockelgeschoss erhalten, um dem Gastronom hellere Gasträume und freien Zugang zum Elias-Holl-Platz zu ermöglichen. Münchens wohl prominentestes Baudenkmal, die Olympiahalle wurde – um VIP-Bereich, Aussenrestaurant und Kiosk ergänzt – den Erfordernissen des Marktes entsprechend umgebaut.

Die Denkmalpflege kann noch so wirtschaftlich argumentieren, kann attraktive Nutzungsalternativen aufweisen, sie hat rhetorisch auf diesem Niveau keine Chance. Denkmalpfleger müssen lernen, ihre Sache so zu vertreten, dass sie «auf der Tagesordnung der Geschichte» steht. Dafür reichen die dürren Worte der Denkmalbegründung nicht aus. Werte und Verluste bedürfen einer engagierten Anwaltschaft, die ihre Sache mit Verve glaubhaft vertritt. Das Argument der Wirtschaftlichkeit sollte dabei das letzte sein – denn dieses bleibt, vom Denkmalpfleger angeführt – ungehört, da es nicht zu seinen Kompetenzfeldern zählt. Gleichwohl können Denkmalpfleger eine überflüssige Wertedebatte befeuern. Etwas bessere Rhetorik wäre dafür wünschenswert, damit die denkmalrelevante Wahrheit wieder auf der Tagesordnung der Geschichte steht.

Résumé

Aujourd'hui, à «l'ordre du jour de l'histoire», il n'y a pratiquement plus qu'un seul système d'axiomes: l'économie. Dans ce contexte, un des problèmes majeurs de la conservation des monuments historiques semble être le fait que cette discipline est actuellement dépourvue d'une rhétorique propre. Elle risque ainsi de renier son propre système de valeurs, pour ne plus se légitimer que d'un point de vue économique. Or, dans l'histoire de la discipline, la question «pourquoi conserver les monuments historiques?» a toujours reçu des réponses argumentées. Dans le décret sur la conservation des monuments historiques promulgué en 1827 par le royaume de Bavière, l'intérêt politique motivant cette conservation est manifeste: elle doit en tout premier lieu contribuer à la formation de l'unité nationale allemande. Au début des années 1970, c'est la crainte d'une forme d'aliénation qui a mobilisé des mouvements de citoyens en faveur du patrimoine, dotant ainsi la conservation des monuments historiques d'une base solide, qui s'est manifestée politiquement en remettant en question une idéologie du progrès et de la croissance incontrôlée.

Or, en suivant les débats actuels, on s'aperçoit que ce n'est plus l'importance des monuments historiques pour le voisinage qui est soulignée, mais leur intérêt pour ceux qu'ils sont censés attirer, les investisseurs et les touristes. Pour ces deux derniers groupes, les monuments ne sont pas un cadre de vie familier, mais un simple décor intéressant et pittoresque. Si les milieux de la conservation des monuments se laissent aller à adopter le langage économique des investisseurs, ils abandonnent par là même leurs arguments et leur crédibilité. Pour défendre leurs valeurs et prévenir les pertes qui se dessinent, ils doivent devenir des avocats engagés, qui sachent défendre leur cause avec verve et force de conviction. Or, dans un tel plaidoyer, les arguments économiques devraient figurer au dernier rang.

